Andreas Westerfellhaus
Präsident des Deutschen Pflegerats
(DPR)

Editorial

Gröhe setzt Expertenkommission ein

Der Deutsche Pflegerat wurde von Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe in die Expertenkommission „Pflegepersonal im Krankenhaus“ berufen. Das ist eine gute und wichtige Entscheidung. Aufgabe der Kommission ist es, sich mit der Frage einer sachgerechten Berücksichtigung des Pflegebedarfs im Vergütungssystem der Krankenhäuser zu befassen. „Eine angemessene Ausstattung mit Pflegepersonal ist sowohl für eine gute Versorgung der Patientinnen und Patienten als auch für die Arbeitssituation der Beschäftigten im Krankenhaus unabdingbar. Deshalb werden wir wichtige Maßnahmen ergreifen, damit Krankenhäuser mehr Pflegepersonal einstellen und dauerhaft beschäftigen können. Wir werden aber auch weitergehende Maßnahmen prüfen müssen, um die Pflege am Krankenbett zu stärken“, so der Minister.

Dem schließt sich der Deutsche Pflegerat an. Nicht vergessen werden darf dabei jedoch, dass bundesweit seitens der Krankenhausträger in den letzten Jahren rund 50.000 Vollzeitstellen im Pflegedienst abgebaut wurden. Ein solcher Personalabbau hat selbstverständlich bereits heute Auswirkungen auf die Qualität der Pflege und damit negative Auswirkungen auf die Patientensicherheit. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Pflege arbeiten an ihrem Limit. Wir benötigen somit auch Sofortmaßnahmen für die Entlastung der professionellen Pflege und zur Sicherstellung der Patientensicherheit. Dafür sind jährlich rund 2,5 Milliarden Euro an zusätzlichen Finanzmitteln für die Krankenhäuser nötig. Der aktuelle Gesetzentwurf sowie der Vorschlag der Bundestagsfraktionen von SPD und CDU/CSU von 500 Millionen Euro als Pflegezuschlag für Pflegepersonal sind davon nach wie vor weit entfernt.

Andreas Westerfellhaus
Präsident des Deutschen Pflegerats (DPR)

In Kooperation mit

Heilberufe
Das Pflegemagazin

IM FOCUS

Pflegekammerdiskussion mit fairen Mitteln führen

Das Gesundheitsministerium in Bayern wirbt für sein eigenes Modell einer Interessensvertretung für die Pflege, für einen Pflegering. Der Deutsche Pflegerat lehnt nach wie vor von dieser Art der freiwilligen Interessensvertretung entschieden ab. Die Pflegenden in Bayern haben sich in einer Befragung für eine Pflegekammer entschieden.

Das bayerische Ministeriumsmodell ist eine „Mogelpackung“. Denn geplant ist eine Interessensvertretung auf freiwilliger Basis, bei der nicht nur die Pflege sondern auch Träger- und Arbeitgeberinteressen berücksichtigt werden sollen. Damit stehen wieder einmal nicht die Interessen der professionell Pflegenden im Vordergrund.

Wir brauchen eine Stärkung der Pflege, eine Vertretung auf Augenhöhe. Das kann das bayerische Modell nicht leisten. Dafür ist es nicht stark genug. Es verwässert die Interessen der professionell Pflegenden. Wir wollen über unsere Angelegenheiten selbst entscheiden und mitbestimmen – das bayerische Modell spricht dagegen nur von mitwirken. Wir wollen eine Gemeinschaft, die unsere Interessen vertritt. Das gewährleistet das bayerische Modell nicht. Es sieht keine verpflichtende Mitgliedschaft vor. Wir wollen über unsere Interessen frei bestimmen. Das ist beim bayerischen Modell ausgeschlossen. Wenn Arbeitgeberverbände mitwirken können, dann wird die Pflege weiterhin fremdbestimmt. Den Herausforderungen unserer Zeit können wir nur mit einer starken Pflegekammer entgegentreten.

Franz Wagner
Vize-Präsident des Deutschen Pflegerats (DPR)